

Piotr Sadowski

Belarus nach dem Prager Gipfel

Private Betrachtungen eines Ex-Botschafters

Nach dem Gipfel in Prag im Herbst 2002 ist das mentale Westeuropa größer geworden. Die Republik Belarus, für einen Durchschnittsdeutschen mehr unter dem Namen *Weißrussland* bekannt, wurde infolge der Beschlüsse dieser hohen Versammlung zu einem unmittelbaren Grenzstaat der EU. (In Belarus versteht man schon, dass die danach folgenden Schengen-Übergangsregelungen und nationalen Referenden in den neuen Mitgliedsstaaten in nächster Zukunft kaum etwas ändern können). Dieses Ereignis war für die Führung der Republik Belarus und für deren Bürger kein Blitz aus heiterem Himmel. Über die westliche Orientierung Polens gab es seit langem keine Fragen. Über die mögliche NATO- und EU-Mitgliedschaft der baltischen Staaten redete man schon seit dem Wendebeginn im Baltikum in den späten Achzigern. Noch 2000, 2001 sprach man in Minsk über einen eventuellen Einfluss Russlands auf die Termine des Eintritts Litauens, Lettlands und Estlands in NATO und EU. Sehr bald war es mit diesen schwachen Hoffnungen vorbei. Und es geschah.

■ Belarus – von der Vergangenheit gefangen

„Weißrussland liegt zwischen Polen und Russland“, – diesen Satz musste ich nicht selten vor zehn Jahren bei meinen Antrittsbesuchen als der erste belarussische Botschafter in Deutschland auch bei ganz soliden Gesprächspartnern wiederholen. Dies war natürlich in alten Bundesländern der Fall. Den Bürgern der

Auch nach dem Prager Gipfel des Jahres 2002 gibt die Entwicklung in Belarus wenig Anlass zu Hoffnung, und die Folgen der quasi-diktatorischen Politik von Präsident Lukaschenka zeigen sich allenthalben: Während die innenpolitische Lage im Land durch massive, auch von OSZE und EU monierte Wahlfälschungen, durch Verfolgungen missliebiger Journalisten und Politiker einer faktisch kaum handlungsfähigen Opposition sowie durch Menschenrechtsverletzungen aller Art gekennzeichnet ist, droht die überwiegend auf verlustbringenden Betrieben ruhende Wirtschaft des Landes seit langem zu kollabieren. Die traditionellen „brüderlich-wirtschaftlichen Beziehungen“ zwischen Belarus und Russland bröckeln zwar, jedoch ist das Land, zumal nach dem demonstrativen Abschluss eines Abkommens mit dem Irak, geistig und politisch weit von einer Westorientierung entfernt. Alle in- und ausländischen Appelle an Lukaschenka, aber auch an den russischen Präsidenten Putin, seinen Einfluss auf die belarussische Führung zugunsten einer Stärkung der Rechtsstaatlichkeit geltend zu machen, verklangen ungehört – ein Umstand, der auch für die Zukunft des Landes mit der Pufferfunktion zwischen Russland und Europa kaum positive Perspektiven eröffnet.

ehemaligen DDR waren die stereotypen Begriffe über „die russischen Freunde“ aus Weißrussland einigermaßen bekannt: Grenzstadt Brest, Hauptstadt Minsk, Traktor „Belarus“, Olympiasiegerin Olga Korbut... Im Westen wussten etwas von meinem Lande hauptsächlich die am Leben gebliebenen Soldaten der Ostfront, Aktivisten der ersten deutschen Tschernobylinitiativen, Gebrauchtwagenhändler und manche Politiker. (Die erste hochkarätige Delegation aus Deutschland weilte in Minsk im März 1992 unter der Leitung von Hans Dietrich Genscher. Als designierter Botschafter in Deutschland sah ich damals verzaubert auf den Mund der Legende der deutschen Außenpolitik). Wir schauten mit großen Erwartungen auf eine gemeinsame Zukunft: ein wiedervereinigtes Deutschland und ein de jure selbständiger Staat Belarus.

■ **Natürlich ist heute das Problem der Beziehungen der Republik Belarus mit Russland das Hauptthema der Diskussionen unserer Politiker und Publizisten. Man streitet über das Heute und das Gestern.**

Natürlich ist heute das Problem der Beziehungen der Republik Belarus mit Russland das Hauptthema der Diskussionen unserer Politiker und Publizisten. Man streitet über das Heute und das Gestern. Im Untertitel oben meine ich nicht die „sowjetisch-sozialistische“ Vergangenheit. Diese ist zwar zäh genug, aber sie lässt sich überleben, wenn auch mit Schwierigkeiten. Das heutige Belarus ist für die Deutschen kein unbekanntes Land. Das deutsche Engagement an Transformationsprozessen in Osteuropa und asiatischen GUS-Ländern ist riesig. Nur für Belarus hat Deutschland im Laufe der letzten zehn Jahre eine Summe von 1,46 Milliarden Euro im Rahmen von etwa zehn großen Hilfsprogrammen transferiert. Man kennt natürlich das Land, wo man das Geld ausgibt bzw. investiert. Es gibt aber eine historische „Kleinigkeit“, die man heute in Bezug auf Belarus in der großen Politik sehr oft übersieht. Ich meine das Herangehen europäischer Politiker, darunter auch Deutscher, an die national- und souveränitätsga- gierten Parteibewegungen, Parteien und NGOs in Belarus. (Deutsche haben irgendwo tief im Unterbewusstsein positive Signale über ein „demokratisches marktwirtschaftliches“ Russland, das bald seine transformierten Nachbarn kolonnenweise nach Europa mitführt). Stereotyp gestempelte Beschuldigungen der Nationalintelligenz des angeblichen Nationalismus durch die kommunistischen Propagandisten in der Sowjetzeit wurden leider von westlichen Publi-

zisten und manchen Politikern noch in der Zeit der Perestroika leichthin übernommen und werden auch heute als Differenzattribute in Bezug auf die Parteien- und NGO-Landschaft Weißrusslands strapaziert. Dabei gaben sich wenige Interessierte Mühe, programmatische Dokumente und Satzungen der jeweiligen Organisationen aufmerksam zu studieren. Man urteilt oft extrapolierend über eine Partei bzw. NGO, von einer emotionalen privaten Meinung einiger Mitglieder ausgehend. Deutsche kann man wohl besser als andere verstehen, da sie sich schon einmal an charismatischen Nationalführern verbrannt haben.

Am meisten wurden z.B. und werden bis heute von „ostlawischen (sprich: großrussischen) Integratoren“ die Partei und die Bewegung der Belarussischen Volksfront (Vorsitzender V. Viaczorka) und die Sozialdemokratische Partei (S. Schuschkewitsch) als nationalistisch verleumdet und angeprangert. Warum? Weil diese Parteien sich am konsequentesten für die nationale Souveränität und gegen die aktuelle Expansion Russlands einsetzen. Dazu steuern nicht wenig die konkurrierenden Parteien bei, was an sich ja auch verständlich ist. Aber besonders unfair klingen Offenbarungen und „freundliche Apropos-Bemerkungen“ mancher Funktionäre der konkurrierenden Parteien und NGOs bei ihren Auslandsreisen in Gesprächen mit ihren nicht immer informierten Partnern, wenn es um Unterstützung der Transformationsprozesse in der Heimat geht.

Da wäre eine historische Abschweifung notwendig: Weißrussland war von vornherein historisch „angeschlagen“ im geopolitischen Sinne, indem es „kraft des Flusses historischer Umstände“ als ein geopolitisches Subjekt bzw. Objekt im geographischen Raum zwischen Polen und Russland seinen Platz fand. Ich kann hier nicht umhin, den Leser an die strapazierte Bismarck'sche Aussage über die Rolle der Geographie als einer Konstante erinnern, die nicht nur die Außenpolitik, sondern auch die innere Entwicklung des jeweiligen Landes bestimmt. Außer Belarus würde ich von den GUS-Staaten auch die Ukraine und Moldawien zu diesen „historisch angeschlagenen“ Ländern zählen. Es ist gerade kein Zufall, dass sie heute zusammen am Rande der EU stehen.

Ende des 19. Jahrhunderts wurden die meisten westeuropäischen Länder zu Nationalstaaten

■ **Weißrussland war von vornherein historisch „angeschlagen“ im geopolitischen Sinne, indem es „kraft des Flusses historischer Umstände“ als ein geopolitisches Subjekt bzw. Objekt im geographischen Raum zwischen Polen und Russland seinen Platz fand.**

■ In der Zeit, in der sich auf den deutschen Territorien „von der Maas bis an die Memel“ eine moderne Nation herausbildete, geriet das von den Weißrussen besiedelte Gebiet nach der sogenannten dritten Teilung der Rzecz Pospolita („Republik zweier Völker“) unter die despotische „pyramidale“ Herrschaft des russischen Zarismus mit einer caesaropapistischen Kirche.

(Deutschland nicht zuletzt dank der napoleonischen „Neuordnung“. Draußen stand schon das Jahr 1841, und von Fallersleben rief noch alle Deutschen zur Einigkeit auf). Die Begriffe *Nation* und *Staat* wurden in Westeuropa zu fast vollständigen Synonymen, so wie man es heute im Fall des Namens der UNO versteht: Das englische Wort *nation* bedeutet auch *state*. Die europäischen Länder erreichten ihre staatliche, konfessionelle und kulturelle Identität dank der Verwirklichung der Nationalidee. Ihre Bürger würde ich hier als „gute historische Nationalisten“, Nationalisten zum „rechtzeitigen“ historischen Zeitpunkt und Ort bezeichnen. In der Zeit, in der sich auf den deutschen Territorien „von der Maas bis an die Memel“ eine moderne Nation herausbildete, geriet das von den Weißrussen besiedelte Gebiet, wo viele Städte im 14. und 15. Jahrhundert das Magdeburger Recht besaßen und wo die Bibel 1517 in die Nationalsprache übersetzt worden war, nach der sogenannten dritten Teilung der Rzecz Pospolita („Republik zweier Völker“) unter die despotische „pyramidale“ Herrschaft des russischen Zarismus mit einer caesaropapistischen Kirche. (In Westeuropa dagegen herrschte im Mittelalter etwa zwei Jahrhunderte der „Papacaesarismus“, bei dem sich die jungen europäischen Staaten um die kirchliche Dominante entwickelten. Im Einflussfeld der russischen Herrschaft büßte die Kirche ihre Selbständigkeit noch unter Peter I. ein, nachdem er den sogenannten Heiligen Synod eingesetzt und sich selbst zum Haupt der russisch-orthodoxen Kirche erklärt hatte). Damit wurden die dynamischen Ansätze zu einer belarussischen Zivilgesellschaft, einer nationalen Identität und Staatlichkeit um Jahrhunderte hinausgezögert. Die Konfession, die Sprache, die Mentalität, die soziale Einstufung der Gesellschaft wurden gespalten. Das Stammethnos wurde zum Unterjochten und der Ankömmling zum Regierenden. Man beachte dazu, dass im späten Mittelalter etwa alle hundert Jahre in historisch aktiven Regionen des Landes bis zu zwei Drittel sozialaktiver Stammbevölkerung während russischer Invasionsfeldzüge und Eroberungsversuche vernichtet wurden. Dieses Unwesen hielt nach der dritten Teilung länger als ein Jahrhundert an, überdauerte die sogenannte Große Sozialistische Oktoberrevolution von 1917 und blieb praktisch bis heute erhalten. Die Bol-

schewiki, deren Staatsideologie vom großrussischen Geist durchdrungen war, benutzten nur die Parole des Internationalen Kongresses der sozialistischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften (London 1896) über *das Recht der Nationen auf die Selbstbestimmung*, um die vom Zarismus unterjochten nationalen Randgebiete auf ihre Seite zu bringen. Anfang der zwanziger Jahre endete auch dieses Lippenbekenntnis. So schrieb Stalin an Lenin in seinen erst nach dem XX. Parteitag von Chruschtschow veröffentlichten „Notizen an den gleichgesinnten Kampfgenossen“ ohne Umschweife: „Manche unserer nationalbewussten Genossen sind dabei, unsere provisorische taktische Losung über das Recht der Nationen auf die Selbstbestimmung für bare Münze zu nehmen und stehen dadurch unserem generellen Aufbau im Wege.“ Die Stalin’schen Repressalien der dreißiger Jahre zerdrückten die Keime der belarussischen nationalen Wiedergeburt. Das Nationale existierte nur als Ornament des sowjetisch-russischen Imperiums.

Anfang der Neunziger, nach der Entstehung der souveränen Republik Belarus, begann, nicht zuletzt in den Massenmedien, im Lande eine Renaissance der nationalen Geschichte, Kultur und Bildung. Es erschienen die ersten nationalen Mäzene, die sich der heimischen Kultur annahmen, Klein- und Mittelunternehmer schlossen sich allmählich den nationalorientierten Parteien und NGOs an. In der Zeit zwischen den Anfängen der Gorbatschow’schen Perestroika und der zweiten Hälfte der neunziger Jahre war in Belarus eine Generation aufgewachsen, die in der Oberschule eine nicht mehr verfälschte Geschichte ihrer Heimat studierte. Die städtische Jugend begann im Alltag ungehemmt neben russisch auch weißrussisch zu sprechen. Die nationale historische Symbolik wurde unter Jugendlichen populär und sogar als modisches Requisite getragen. Belarus hat einiges nachgeholt, was ihm in vorigen Jahrhunderten geraubt worden war.

Einige Jahre danach, Mitte der Neunziger, wurde Belarus nicht ohne Einfluss subjektiver Faktoren das einzige Land unter den GUS-Staaten, in dem es Russland ohne besondere Bemühungen gelang, nach dem Zerfall des russisch-sowjetischen Imperiums seinen angeschlagenen Nationalstolz und seine geopoliti-

■ **Anfang der Neunziger, nach der Entstehung der souveränen Republik Belarus, begann, nicht zuletzt in den Massenmedien, im Lande eine Renaissance der nationalen Geschichte, Kultur und Bildung. Es erschienen die ersten nationalen Mäzene, die sich der heimischen Kultur annahmen, Klein- und Mittelunternehmer schlossen sich allmählich den nationalorientierten Parteien und NGOs an.**

schen Ambitionen wiederauferstehen zu lassen. Eine ungenierte politische, ökonomische, konfessionelle und kulturelle Russifizierung kehrte auf den belarussischen Boden zurück. Eine neue Teilung der noch nicht gereiften Nation geht weiter.

■ Große und kleine Wahrheiten

Diese langen Ausführungen über die Vorgeschichte und manche Aktualitäten des Landes, das heute schon de facto zwischen der EU und Russland liegt, werden vielleicht helfen, einige mögliche Auswege besser wahrzunehmen. Für die westeuropäischen Nationen, die (ganz im Hegel'schen Sinne!) ihre Nationalidee realisiert haben und heutzutage durch eine Art dialektische Negation auf eine höhere, allgemeineuropäische Stufe bringen (besonders angesichts des Kampfs gegen den Terrorismus), werden die Vokabeln „national“, „angestammt“, „Volk“ usw. sehr oft von manchen Politikern, besonders von Vertretern der linken europäischen Parteien, als Anachronismen und verpönte Begriffe angesehen.

Die europäischen Zusammenhänge werden mechanisch auf die belarussisch-russischen Beziehungen übertragen (ausführlicher wird das Problem später behandelt). Dabei gilt es als unfair, provinziell und naiv, die großen geopolitischen „Binsenweisheiten“ anzutasten, wenn sie auch zynisch klingen. Zum Beispiel: Nach einem der vielen Putin-Schröder-Gespräche 2002 hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der russischen Duma, Dmitrij Ragosin, in einer TV-Diskussion über die Beziehungen Russlands mit der EU, Deutschland und den GUS-Staaten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, kommentiert: „In dieser Frage ist heute für Europa und Deutschland *das* gut, was für Russland gut ist.“ Deutsche Politiker wollen so etwas nicht kommentieren.

Für den Politiker, der die alte und die neuere Geschichte der belarussisch-russischen Beziehungen vom innen gut kennt, werden zwei Wahrheiten evident. Die erste: *In Belarus wird nie eine sozial-politische und national-konfessionelle Harmonie erreicht, bis der Stammbevölkerung (etwa 80 Prozent) ihre Nationalrechte, vor allem das Recht auf nationale Staatlichkeit, entzogen bleiben. Die russische Orthodoxie verbreitet sich heute weit über die Grenzen des*

■ Nach einem der vielen Putin-Schröder-Gespräche 2002 hat der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses der russischen Duma, Dmitrij Ragosin, in einer TV-Diskussion über die Beziehungen Russlands mit der EU, Deutschland und den GUS-Staaten, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, kommentiert: „In dieser Frage ist heute für Europa und Deutschland *das* gut, was für Russland gut ist.“

Kirchlichen hinaus und darf nicht als ein überlebtes europafremdes Stereotyp der Vergangenheit angesehen werden. So wie die Moskauer orthodoxe Kirche die ökumenische Kirchenbewegung und den gregorianischen Kalender aus immanenten Gründen sich nicht zu eigen machen will und kann, so kann die europäisch-protestantische Askese und Personenfreiheit samt allen liberalen Ideen nicht auf dem russischem Boden feste Wurzeln schlagen. Der heutige Vater der russischen Demokratie und der „russische Modernisierer“ Putin baut nicht weniger erfolgreich die Machtvertikale als der Diktator Lukaschenka auf, befiehlt Säuberungen unter der Zivilbevölkerung in Tschetschenien, verstaatlicht Medien, baut ein Taschenparlament auf usw. Westeuropa verurteilt in einer regulären Folge post factum die Machenschaften Lukaschenkas, die vorher vom offiziellen Russland unterstützt worden waren, und danach traut es Russland zu, der Hauptdemokratisierer des Nachbarn Belarus zu sein. Die zweite: Mit Berücksichtigung des spezifischen Charakters des bestehenden Regimes im Lande und der geopolitischen Interessen Russlands in Belarus kann diese Harmonie nicht ohne Zutun einer dritten „konstituierenden“ Kraft zustande kommen. Es muss nicht um eine tatsächliche Einmischung gehen, etwa wie die amerikanische „Unterstützung“ der Demokratie in Jugoslawien. Eine Hilfe, wie etwa die deutsche Hilfe für die Litauer bzw. finnische, dänische und schwedische Hilfen für die Letten 1918 und 1919 kommen auch nicht in Frage. Es käme darauf an, bei allen Angelegenheiten auf der NATO- und EU-Ebene sowie im Rahmen der Transformationsprogramme, die von der westlichen Seite unterstützt werden, unabhängig davon, ob sie auf die staatlichen oder auf die NGO-Strukturen orientiert sind, nicht nur an Demokratie und Marktwirtschaft zu denken, sondern auch den nationalen Aspekt zu berücksichtigen. Im Fall Belarus müsste der Begriff „Menschenrechte“ auch die Nationalkomponente, vor allem die Nationalstaatlichkeit, beinhalten. Aus meinen Botschaftererfahrungen könnte ich nicht wenige Beispiele anführen, wie manche Programme der deutschen Stiftungen und NGOs in Belarus aus diesen Gründen nicht effizient genug waren.

Von alleine kann die belarussische Opposition die unter der faktischen russischen Oberherrschaft eta-

■ Im Fall Belarus müsste der Begriff „Menschenrechte“ auch die Nationalkomponente, vor allem die Nationalstaatlichkeit, beinhalten.

blierte Ordnung in nächster Zukunft kaum beseitigen. Nach einem Lukaschenka kommt leicht sein ideologischer Nachfolger. Alle Diktatoren sind in der Regel langlebig. Die autoritären Regimes und deren Spuren von vorgestern, gestern und von heute verschwinden nicht so leicht von selbst. Manche heute prosperierenden Länder kennen das sehr gut aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges, der Transformationen in der Nachkriegsperiode und der Wendezeit in Osteuropa nach 1992.

Anhand einiger Erinnerungen aus der neusten Zeit versuche ich diesen meinen Standpunkt mit nur einigen Beispielen zu belegen.

■ **Neue Ordnung unter russischer Oberherrschaft**

■ **Vor zehn Jahren, als Belarus de jure souverän wurde, konnte man sich nur in einem Alptraum vorstellen, dass die Führung des Landes es fertigbringe, sich in der Folgezeit total von der westlichen Welt zu isolieren.**

Vor zehn Jahren, als Belarus de jure souverän wurde, konnte man sich nur in einem Alptraum vorstellen, dass die Führung des Landes es fertigbringe, sich in der Folgezeit total von der westlichen Welt zu isolieren. Die bis Mitte der neunziger Jahre zu verzeichnende Dynamik im politischen Bereich konnte leider nicht beibehalten werden. Nach der Verabschiedung der „präsidialen“ Verfassung durch das Parlament der 12. Legislaturperiode und nach der Wahl des ersten Präsidenten ging Belarus den Weg, der in eine Sackgasse, fern vom zivilisierten Europa, führte. Die Chronik des Geschehens erinnert an das Deutschland der dreißiger Jahre. Es begann mit der Vernichtung des Parlamentarismus und Errichtung der totalitären Macht.

April 1995: Verprügelung von 18 Parlamentsabgeordneten der Volksfront, die im Parlamentsgebäude in den Hungerstreik traten aus Protest gegen die Durchführung eines verfassungswidrigen Referendums und die Stationierung zweier russischer strategischer Militärobjecte auf dem belarussischen Territorium. (Unter ihnen war auch der Autor). Gegen die 18 Abgeordneten gingen 109 maskierte und bewaffnete Soldaten in Kampfanzügen vor. Die Streikenden wurden unter Gewaltanwendung in enge Polizeiwagen gepfercht und um Mitternacht in verschiedene Stadtviertel gefahren. Die Gerichtsuntersuchung endete ergebnislos. (Mir stehen die Photos aus dem Museum in Braunschweig vor Augen, wo die Verschleppung von Stadtverordneten durch die Schutzstaffeln der

NSDAP Anfang der dreißiger Jahre dargestellt ist). Wir appellierten an das offizielle Russland. *Das offizielle Russland schwieg.*

November 1995: In einem Interview mit dem deutschen *Handelsblatt* lobt der belarussische Präsident den Reichkanzler Adolf Hitler. (Die Zeitung brachte natürlich das Material nicht an die Leser, aus verständlichen Gründen). Aber am selben Tage (am 23.11.1995) um 19.50 Uhr lokaler Zeit und am nächsten Tage in der Morgensendung „Radiofakt“ hörte man in ganz Belarus und in anliegenden Gebieten der Grenzstaaten die Stimme von Alexander Lukaschenka: „Die deutsche Ordnung formierte sich im Laufe der Jahrhunderte. [...] Bei Hitler erreichte diese Formierung ihren Höhepunkt. Es ist das, was unseren Vorstellungen über eine präsidentiale Republik und die Rolle des Präsidenten in dieser Republik entspricht.“ Alle Proteste und Appelle an das nationale Verfassungsgericht, an Russland als Nachbarn und angehenden Verbündeten sowie die Weltgemeinschaft brachten sofort an nur einen Solidaritätsbrief an die Opposition vom deutschen Politologen Dr. Heinz Timmermann. *Das offizielle demokratische Russland schwieg.*

Danach folgten planmäßige „Gleichschaltungen“, Notstandserlasse und Maßregelungen: „Erneuerung“ der Verfassung während eines Referendums mit gefälschten Ergebnissen; Auflösung des gewählten Obersten Sowjets (Parlament) der 13. Legislaturperiode und die Wahl (sprich: Ernennung) des neuen Parlaments durch den Präsidenten (wobei die Abgeordneten einen schriftlichen Antrag an den Präsidenten über ihre Unterstützung der „neuen“ Verfassung vorlegen sollten). Angesichts eines durch Lukaschenka organisierten Verfassungs- und Parlamentsputsches im November 1996 sammelten die oppositionellen Parlamentarier die erforderlichen Unterschriften und appellierten an das Verfassungsgericht mit der Forderung eines Impeachment-Prozesses gegen den Präsidenten. *Diesmal schwieg das verbündete demokratische Russland nicht. Aus Russland kamen drei Recken: Ministerpräsident Tschernomyrdin und zwei Hauptsprecher der Duma – Strojew und Seleznew. In einer Nachtsitzung überredeten sie das oppositionelle belarussische „Restparlament“, seinen Antrag zurückzuziehen, „um die Stabilität im Lande aufrecht zu er-*

■ In einem Interview mit dem deutschen *Handelsblatt* lobt der belarussische Präsident den Reichkanzler Adolf Hitler. Aber am selben Tage (am 23.11.1995) um 19.50 Uhr lokaler Zeit und am nächsten Tage in der Morgensendung „Radiofakt“ hörte man in ganz Belarus und in anliegenden Gebieten der Grenzstaaten die Stimme von Alexander Lukaschenka: „Die deutsche Ordnung formierte sich im Laufe der Jahrhunderte. [...] Bei Hitler erreichte diese Formierung ihren Höhepunkt.“

halten“. Sie versprochen, nach der bürgerlichen Ver-
söhnung Garanten der Demokratie in Belarus zu sein.
(Als ein an der neueren Geschichte Interessierter
erinnerte ich mich sofort an das Münchener Abkom-
men vom Jahre 1938.) *Das offizielle verbündete Rus-
sland schwieg auch* nach dem unter Bruch völker-
rechtlicher Vereinbarungen erzwungenen Auszug der
EU-Botschafter aus ihren Residenzen bei Minsk,
nach Ausweisung ausländischer Journalisten (darun-
ter auch russischer) wegen „Verleumdungsreporta-
gen“ und polnischer Gewerkschaftler wegen „belar-
usfeindlicher“ Tätigkeit. *Russland schwieg auch* nach
einer gewaltsamen Schließung ausländischer NGO-
Stiftungen; Verprügelung von Demonstranten und
ausländischen Journalisten. Unter der Lukaschenka-
Regierung wurden nach Schätzungen von Journalis-
ten über zehntausend belarussische Bürger wegen
Teilnahme an Protestdemonstrationen, Meetings,
Versammlungen, Veröffentlichungen in nichtstaat-
lichen Medien usw. polizeilich verfolgt, bestraft, ver-
prügelt (sogar für den Gebrauch der belarussischen
Sprache auf der Straße), suspendiert usw. Diese In-
formation wurde an Putin und an die russische Duma
geschickt. *Russland schwieg. Es schwieg und umarmte
sich mit Lukaschenka während seiner zahllosen Flüge
nach Moskau.*

Die EU sah sich daher gezwungen, im Dezember
1997 ihre Beziehungen zu Belarus so lange ein-
zuschränken, bis es auf den Weg der Rechtsstaat-
lichkeit zurückkehre. In diesem Jahr (und wieder-
holt 2000) forderte auch der Deutsche Bundestag
in fraktionsübergreifenden Entschlüssen die belarussische Führung auf, demokratische Prinzipien
zu befolgen. Die wichtigsten Forderungen der Welt-
gemeinschaft an Belarus wurden in der Istanbul-
Deklaration der OSZE 1999 formuliert: Erweiterung
der Rechte des Parlaments, Veränderung des Wahl-
gesetzes, freier Zugang der Bürger zu staatlichen
Massenmedien, Einstellung politischer Verfolgungen
usw. Leider hat sich hier nichts zum besseren ge-
wandt. Die Parlamentswahlen 2000 und die Präsi-
dentschaftswahlen 2001 entsprachen nach der Mei-
nung der OSZE-Beobachter nicht den europäischen
Kriterien für freie und faire Wahlen. *Das offizielle
Russland rührte offen kein Fingerchen gegen Luka-
schenka, empörte sich nur über den bösen Westen*

■ **Die wichtigsten For-
derungen der Weltgemein-
schaft an Belarus wurden in
der Istanbul Deklaration
der OSZE 1999 formuliert:
Erweiterung der Rechte des
Parlaments, Veränderung
des Wahlgesetzes, freier
Zugang der Bürger zu
staatlichen Massenmedien,
Einstellung politischer
Verfolgungen usw. Leider
hat sich hier nichts zum
besseren gewandt.**

wegen seiner angeblichen Doppelstandards in Bezug auf Belarus.

Dazu ereigneten sich hierzulande noch weitere, für einen gesunden Verstand schwer zu erklärende Begebenheiten. Unter verdächtigen Umständen begannen oppositionelle Politiker und Journalisten zu verschwinden bzw. ums Leben zu kommen. Als erster starb bei einem Verkehrsunfall der aktive oppositionelle Journalist Anatol Maissenja, danach starb plötzlich im Krankenhaus der sonst kerngesunde stellvertretende Parlamentspräsident der 13. Legislaturperiode, Henads Karpenka, (eventueller Kandidat für die Präsidentschaft) angeblich an einer Gehirnblutung. Die Familie hat bis heute keine ausführliche Todesbescheinigung (so Frau Karpenka, die heute als politische Asylantin in Deutschland lebt). Danach verschwand der TV-Kameramann Dmitri Zawadzki, der einen Film über den Waffenhandel in Tschetschenien drehte und eventuell auf die „belarussische Spur“ geraten war. Seine Mörder (das soll das belarussische Kriminalgericht bewiesen haben), unter ihnen ehemalige belarussische Spezialdienstler, sind zu verschiedenen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Die Leiche wurde den Angehörigen nicht ausgeliefert, der Begräbnisort wird vor ihnen geheim gehalten. Fast zu derselben Zeit verschwanden spurlos der ehemalige Innenminister Generalmajor Juri Zacharanka, der ehemalige Vorsitzende der zentralen Wahlkommission, Wiktar Hantschar (beide galten ebenfalls als potenzielle Präsidentschaftskandidaten) und der der Opposition nahestehende Unternehmer Anatol Krasouski. *Die Frauen, Mütter und Geschwister der Verschollenen appellierten an Präsident Putin. Der demokratische russische Präsident schwieg.*

Die Präsidentschaftswahlen im September 2001 wurden von der OSZE, der EU und dem ER als unfair und nicht frei qualifiziert. *Der demokratische Präsident Putin kam persönlich in die belarussische Stadt Witebsk zum Pop-Festival „Slawjanski Bazar“, begleitet von Moskauer Popsängern, um Lukaschenka zu unterstützen.*

Im Herbst 2002 wurden drei Journalisten von nichtstaatlichen Zeitungen (Mikalaj Markewitsch, Pawel Mashejka und Wiktar Iwaschkewitsch) „der Diffamierung des Staatsoberhauptes“ beschuldigt und zu jeweils zwei Jahren Zwangsarbeit getrennt

■ **Die Präsidentschaftswahlen im September 2001 wurden von der OSZE, der EU und dem ER als unfair und nicht frei qualifiziert.**

von der Familie mit Unterbringung in der Polizeiregimekaserne verurteilt. Der belarussische Journalistenverband appellierte an die russische Führung. *Russland schwieg.*

Die „Gleichschaltung“ der Gewerkschaften erfolgte durch die „Neuwahl“ des Vorsitzenden des Belarussischen Gewerkschaftsbundes. Anstelle der „demagogisch-politisierten Führung“ – so Lukaschenka – wurde eine neue „konstruktive“ Leitung mit dem ehemaligen stellvertretenden Chef der Administration des Präsidenten an der Spitze gewählt. Im Sommer 2002 machte Lukaschenka mit einer Reihe von Literaturmedien wegen ihres angeblichen Nationalismus kurzen Prozess: Die Chefredakteure von drei Zeitschriften und der Wochenzeitung *Literatur und Kunst* wurden suspendiert und aus allen vier eine „Staatsverlagsholding“ mit einer devoten Kreatur aus der Präsidentenumgebung an der Spitze gebildet. *Russische Schriftsteller und Gewerkschaftsbondzen aus Moskau haben leider keine Solidaritätssignale gegeben.*

Die Verweigerung einer Visaverlängerung für die Mitarbeiter der OSZE-Beobachtergruppe, geleitet von einem deutschen Staatsangehörigen, Botschafter Dr. Hans-Georg Wieck (er wurde als ehemaliger Chef des deutschen Nachrichtendienstes der Spionage gegen Belarus beschuldigt), schloss Ende 2002 die Kette der „internationalen Missverständnisse“ in den Beziehungen der europäischen Strukturen mit Belarus. Der Antrag über die erneute Mitgliedschaft im Europarat als Gast mit Spezialstatus und die Verlängerung des Abkommens mit der TACIS-Programmeleitung sind infolge der oben geschilderten Prozesse gescheitert. *Russland hielt das alles für eine innere Angelegenheit seines Verbündeten und bot dem Regime auf internationaler Ebene immer Unterstützung.*

■ Für mich bleibt nur eine ewige Frage, die ich schon am Anfang angesprochen habe: Warum hält die EU Russland auch künftighin für einen richtigen Helfer in belarussischen Angelegenheiten?

In all diesen gräulichen Geschichten bleibt für mich nur eine ewige Frage, die ich schon am Anfang angesprochen habe: Warum hält die EU Russland auch künftighin für einen richtigen Helfer in belarussischen Angelegenheiten? Mit einer hartnäckigen Konsequenz verurteilt die EU die Ereignisse in Belarus, die früher von der russischen Seite offiziell bzw. durch ein beredtes diplomatisches Schweigen unterstützt worden sind.

■ Politische Parteien unter präsidentialer Fuchtel

In Belarus gibt es keine „Partei der Macht“, weil der Präsident formell parteilos ist. Doch alle wissen, dass er auf der Plattform des „belarussischen Marktsozialismus“ steht und bei den ersten und zweiten Wahlen von konservativen Kommunisten unterstützt wurde. Das Wort „Opposition“ gebraucht man bei uns im Sinne von „Gegner des Regimes“, denn das Parlament wird direkt gewählt und ist nicht fraktions- bzw. parteimäßig strukturiert. In der bestehenden Nationalversammlung gibt es einfach in der Unterkammer drei bis vier Abgeordnete, die offen ihre Meinung ausdrücken. In die Oberkammer (Rat der Republik) werden die Leute delegiert, die früher die Posten hauptamtlich bekleideten, welche der Kompetenz des Präsidenten überlassen sind (Gebietsleiter, Rektoren der staatlichen Universitäten, Armeeobersten, Leiter der Staatsbetriebe, Kunstschaffende im staatlichen Dienst usw.). Da schweigen alle. Der Präsident sagt: „Wozu brauche ich eine Partei? Dass sie mir auf den Mund sehen und um Vergünstigungen bitten? Ich schaffe alles selbst.“

De facto stehen drei politische Parteien, die konsequent für die staatliche Souveränität eintreten, in Opposition gegen das Regime: die Partei der Volksfront (konservativ christlich, nationalorientiert), geleitet von einem europaorientierten Intellektuellen der neuen Welle, Vincuk Viačorka; die Belarussische Sozialdemokratische Hramada (BSDH, besteht hauptsächlich aus Angehörigen der Intelligenz, Vorsitzender ist Stanislau Schuschkevitsch, Parlamentspräsident von 1990 bis 1995) und noch zwei sozialdemokratische Parteien (geleitet von Nikolaj Statkewitsch und Aljaksiej Karol). Die Vereinigte Bürgerpartei (Vorsitzender Anatol Ljabledka) ist in der Opposition, doch tritt sie für eine enge wirtschaftlich-politische Integration mit Russland ein. Die Eurokommunisten von Siarhiej Kaljakin treten für eine demokratische, sozial orientierte „Union“ mit Russland ohne Lukaschenka ein. Die Liberaldemokraten (Vorsitzender Siarhiej Haidukewitsch) sind „ökonomische“ Kritiker der Macht, vereinigen kleine Unternehmer, pensionierte Offiziere und Staatsbeamten und treten für eine „vernünftige Marktwirt-

■ De facto stehen drei politische Parteien, die konsequent für die staatliche Souveränität eintreten, in Opposition gegen das Regime: die Partei der Volksfront, die Belarussische Sozialdemokratische Hramada und noch zwei sozialdemokratische Parteien.

■ **Alle Parteien sind arm, wie die Durchschnittsbürger des Landes. In der VBP und LDP gibt es einige Vertreter des spärlichen Mittelstandes. Die Sponsoren haben Angst, offen die Parteien zu unterstützen. Man läuft Gefahr, ein Heer von Kontrolleuren auf sich zu ziehen.**

schaft“ in der russisch-belarussischen Union ein. Alle Parteien sind zwar registriert, haben aber keine Sitze im Parlament. Die Wahlen waren so organisiert, dass keiner der Lukaschenka-Gegner durchschlüpfen konnte.

Alle Parteien sind arm, wie die Durchschnittsbürger des Landes. In der VBP und LDP gibt es einige Vertreter des spärlichen Mittelstandes. Die Sponsoren haben Angst, offen die Parteien zu unterstützen. Man läuft Gefahr, ein Heer von Kontrolleuren auf sich zu ziehen. Die Parteien sind sehr oft auf die Hilfe der parteinahen NGOs angewiesen, die ab und zu bei der Bewältigung jeweiliger Aufgaben tatkräftig beistehen können, wenn sie inhaltlich der Thematik der im Rahmen der europäischen Transformationsprojekte durchgeführten Maßnahmen entsprechen.

Ausländische Experten und einheimische Journalisten werfen den belarussischen Parteiführern oft vor, in Kleinstädten und auf dem Lande nicht genug zu arbeiten. Das stimmt nur teilweise. Jeder, der einmal dabei war, weit weg von der Großstadt mit Beteiligung der Opposition eine Maßnahme durchzuführen – sei es ein politisches Meeting oder eine literarische Diskussion – weiß, wie die Leute vor Ort durch die monopolisierten Staatsmedien, die Polizei und die lokale „vertikale“ Macht eingeschüchtert und desorientiert sind. Hunderte von Aktivisten aus der Provinz haben ihre staatlichen Arbeitsstellen verloren und können keine neuen finden, weil es in der Nähe keine privaten gibt. Es kommt vor, dass „plötzlich“ in dem Lokal, wo das Treffen stattfinden muss, der Strom ausfällt, die Feuerwehr das Gebäude für untauglich befindet oder sogar ein anonymer Anruf kommt, das Lokal sei vermint. Nicht selten werden oppositionelle Partei- und NGO-Mitglieder von der Polizei festgenommen und unter verschiedenen Vorwänden bestraft. Leider gelingt es unter diesen Umständen den oppositionellen Parteien, Gewerkschaften und NGOs nicht, immer einheitlich zu handeln, um dem Regime tatkräftig entgegenzutreten. Daraus erklärt sich die unzureichende Popularität der politischen Parteien auf dem Lande und in den Kleinstädten.

Bei den Kontakten unserer Opposition mit Russland auf der Parteiebene stellt sich heraus, dass die russischen „Demokraten“, darunter auch Parlamentsmitglieder, ihr politisches Gehör gern den Parteien

schenken, die den Gegenstand der belarussischen Nationalsoveränität nicht so „hartnäckig“ thematisieren und sich hauptsächlich mit „europäisch“ formulierten Problemen (Demokratie, Marktwirtschaft, Menschenrechte, Liberalismus) begnügen. Man versteht, dass es einen besonderen Fall Belarus gibt.

■ **Integration mit Russland: politische und wirtschaftliche Rätsel**

Im ersten verfassungswidrigen Referendum im Jahre 1995, das apropos nur einen beratenden Charakter hatte, wurde der Begriff *Integration* in der harmlosen Bedeutung *wirtschaftliche Zusammenarbeit* mit Russland in den publizistisch-politischen Umlauf eingeführt. Das war normal: wer würde gegen eine vernünftige wirtschaftliche Zusammenarbeit etwas einwenden? Um so mehr, als die russischen Direktinvestitionen in Belarus nicht hoch waren. (Auch zum Stand Ende 2000 liegt Russland nach dieser Kennziffer an der siebten Stelle unter den ausländischen Investoren). Da erübrigte sich auch die Frage im Referendumszettel! Allmählich wurde der wenig verständliche Begriff *Integration* nach mehrstündigen öffentlichen charismatischen Statements des Präsidenten unter dem Hinweis auf die *Willensäußerung des Volkes* und massiver Propaganda der Staatsmedien durch den Ausdruck *politische und wirtschaftliche Integration* ersetzt. Später kam es zu einer seriöseren Metamorphose: aus der schlichten *Integration* wurde ein *Unionsstaat*.

Die Idee an sich wurde äußerlich von Lukaschenka initiiert, tatsächlich aber stand der erfahrene Regisseur hinter der russischen Kulisse. Bei einer gewissen Naturbegabung war Lukaschenka ziemlich leicht zu enträtseln. Man sah, dass er die schwachen Seiten Jelzins Anfang der Neunziger, vor allem dessen Angstkomplex vor der starken kommunistischen Opposition in der Duma wegen des „Zerfalls der großen Sowjtunion“, verstand. Angespornt von einer breiten Palette seiner Anhänger, listig, heimtückisch, mit einfachen gesunden Instinkten, sah sich der ambiziose Emporkömmling ganz oben in einem Unionsstaat. Den gesundheitlich und moralisch angeschlagenen Jelzin nahm er als einen Konkurrenten nicht für voll. Im Jahre 1998/99 unternahm Lukaschenka über

60 (!) Reisen in verschiedene Regionen Russlands – von Brjansk bis Wladiwostok. In seinen populistischen Reden machte er Jelzin direkt oder indirekt schwarz, so dass der letztere es einmal sogar fertigbrachte, den Flug von Lukaschenka über das Hoheitsgebiet der Russischen Föderation zu verbieten. Der belarussische Präsident drohte sofort in einem Interview, er werde sich nach Westen umorientieren und nicht mehr als „Kampfschild Russlands gegen die NATO“ und den Westen dienen.

Einige Jahre balancierte die belarussische Führung in Handlungen und Statements, um Rohstoffe und Energieträger zu Freundschaftspreisen aus Russland zu bekommen. Bei der Jelzinregierung verfiel das. Um so mehr – was auch heute nicht weniger wichtig ist –, als Russland die meisten Transitgüter nach Westen durch Belarus befördert und zwei äußerst wichtige strategische Militärobjekte, einen Mehrmodulradarkomplex bei Hanzawitschy im Gebiet Brest, der neulich modernisiert in Betrieb genommen wurde als Ersatz für den vernichteten in Skruna (Lettland), und eine kosmische Nachrichtenzentrale bei Wilejka (Gebiet Minsk). Beide Stützpunkte stehen unter russischer Hoheit. Die ökologischen Folgen, medizinischen Aspekte und eventuellen Gefahren bei möglichen Militärkonflikten sind in staatlichen belarussischen Medien ein Tabu. Außerdem war und bleibt bis heute Belarus für Russland ein geopolitisches Prestigeobjekt, an dem es seine angeschlagenen Großmachtansprüche gesundstoßen kann. In der Tat wäre es auf der belarussischen Seite auch vernünftig, einmal gründlich zu zählen, wer wem wieviel schuldig ist. Es ist bekannt – ich weiß das als ehemaliger Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Obersten Sowjet – dass Russland offiziell diese zwei Militärobjekte seit 1996 kostenlos pachtet. Laut russischer Presse zahlt Russland für eine ähnliche Anlage in Aserbajdschan etwa zehn Millionen Dollar jährlich, für die Nutzung von Bajkonur in Kasachstan – das 20-fache. Die Erdöl- und Gasbeförderung durch das belarussische Territorium ist für Russland drei- bis fünfmal so billig wie der Transport durch die Ukraine und Polen, so der belarussische Präsident. Die Liste freundschaftlicher belarussischer „Dienstleistungen“ westlich von Russland könnte man noch durch die Punkte „militärische Bewachung der westlichen Grenze“, „Luft-

■ **Bis heute bleibt Belarus für Russland ein geopolitisches Prestigeobjekt, an dem es seine angeschlagenen Großmachtansprüche gesundstoßen kann. In der Tat wäre es auf der belarussischen Seite auch vernünftig, einmal gründlich zu zählen, wer wem wieviel schuldig ist.**

lotsendienst“, „Tätigkeit der Zollamtdienste“, „Vergünstigungen für russischen Auto- und Eisenbahntransit“ usw. erweitern.

Andererseits versteht es sich von selbst, dass Belarus in den nächsten zehn bis 15 Jahren keine Alternative zu russischen Rohstoffen und Energieträgern sowie zu Russland als Absatzmarkt für viele belarussische Erzeugnisse, die qualitätsmäßig nicht immer dem europäischen Niveau entsprechen, finden wird. Die belarussische Führung machte sich bis jetzt keine Sorgen, die einseitige Abhängigkeit von Russland auf dem Gebiet der Energieversorgung zu überwinden. Die Vorschläge der Opposition der Volksfront im Obersten Sowjet noch 1991, das Programm einer Diversifizierung der Energieversorgungsquellen als Grundlage einer sicheren Innen- und Außenpolitik auszuarbeiten, wurden von der prokommunistischen Mehrheit als Provokation und Ausdruck von Nationalismus abgelehnt.

■ **Putin'sche Arithmetik und belarussisches Budget**

Nach dem Ausklang der Jelzinregierung und dem Beginn der russischen Annäherung an die NATO seit dem 11. September 2001 endeten allmählich die „brüderlichen“ wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belarus und Russland. Der politische und strategische Faktor einer „Unionsverbrüderung“ von belarussischer Seite schien gegenüber dem wirtschaftlichen Anteil Russlands nicht gewichtig genug. Die innere Entwicklung in Russland, vor allem das gierige Interesse der neuen russischen Oligarchen an belarussischen Erdölraffinerien, chemischen, Automobil- und Traktorenwerken zwangen Putin zu pragmatischen Handlungen. Die Putin'schen Vergleiche zwischen belarussischen Fliegen und russischen Koteletts machten Schlagzeilen. Er sagte geradewegs: entweder alles zu Marktpreisen bezahlen oder zu einem Föderationsmitglied werden. Auf der Propagandalebene reagierte der belarussische Präsident genauso wie die Opposition: der russische imperialistische Bär zeige sein Raubtiergebiss, wir müssten unsere geopolitischen und impliziten wirtschaftlichen „Dienstleistungen“ summieren und ein Gegenkonto aufstellen.

Mitte Dezember 2002 hat die von Lukaschenka herumkommandierte Unterkammer der National-

■ **Nach dem Ausklang der Jelzinregierung und dem Beginn der russischen Annäherung an die NATO seit dem 11. September 2001 endeten allmählich die „brüderlichen“ wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Belarus und Russland. Der politische und strategische Faktor einer „Unionsverbrüderung“ von belarussischer Seite schien gegenüber dem wirtschaftlichen Anteil Russlands nicht gewichtig genug.**

versammlung in der zweiten Lesung fast ohne Diskussion den Haushalt für 2003 verabschiedet. In einer Klausel des Haushaltsgesetzes erlaubt das Parlament dem Präsidenten, zu jeder Zeit und in einer beliebigen Position im Budget selbständig zweckmäßige Änderungen vorzunehmen. Das Hauptmotiv dafür ist wohl eine Besonderheit des bevorstehenden Finanzjahres: ab dem 1. Januar 2003 soll es keine Barterzahlungen im Energieträgerhandel mit Russland mehr geben (2002 waren es etwa 38 Prozent). Man soll sich umstellen auf marktpreisnahe Kosten für Gas und Erdöl. Mittelfristig muss man mit noch höheren Preisen rechnen, wenn Russland Mitglied der WTO wird. (für besondere Verdienste um den Westen im Jahr 2002 hat Russland schon den offiziellen Status eines marktwirtschaftlichen Staates erworben). Allem Anschein nach soll in der Zukunft die Gas- und Erdölgewinnung in Russland technologisch noch teurer werden. Laut allgemein bekannten Statistiken zahlte Belarus Mitte 2002 für 1000 Kubikmeter russisches Gas 24 bis 36 US-Dollar, die Ukraine 50, die baltischen Länder 46,7, Kasachstan 37,8, Europa 100 bis 110 sowie andere GUS-Staaten im Durchschnitt 42,6 Dollar (bei russischen Binnenpreisen von 15 bis 20 Dollar).

■ Ende November gab es einen Skandal zwischen Belarus und russischen Gaslieferanten. Sie wollten nicht mehr zu alten Preisen die geplante Menge liefern. Lukaschenka zog Bilanz und drohte Russland mit Sanktionen und Finanzforderungen – Öffnung der westlichen Grenze für illegale Emigration aus Russland und Auszahlung einer Summe von etwa 1,2 Milliarden US-Dollar für sechs Jahre Transitvergünstigungen durch die russische Seite. Allmählich legte sich das Gewitter.

Ende November gab es einen Skandal zwischen Belarus und russischen Gaslieferanten. Sie wollten nicht mehr zu alten Preisen die geplante Menge liefern. Lukaschenka zog Bilanz und drohte Russland mit Sanktionen und Finanzforderungen – Öffnung der westlichen Grenze für illegale Emigration aus Russland (Gefahr für Russland, die Beziehungen mit dem Westen zu verderben), Auszahlung einer Summe von etwa 1,2 Milliarden US-Dollar für sechs Jahre Transitvergünstigungen durch die russische Seite. Allmählich legte sich das Gewitter. Aber volle Klarheit gibt es nicht. Lukaschenka wird für sich allein am Haushalt 2003 herumzaubern. Dazu hat er ja freie Hand vom Parlament.

In dieser Gasgeschichte spiegeln sich krass die Unterschiede in der Wirtschaft zwischen der Russischen Föderation und der Republik Belarus wider. Die eine ist zu etwa 80 Prozent marktwirtschaftlich (den Charakter der Beziehungen zwischen der Macht und den Oligarchen besprechen wir nicht), die andere – zu etwa 80 Prozent staatlich-monopolistisch. Putin kann

z.B. nicht der AG Gasprom bzw. Itera befehlen, Gas zu „freundschaftlich slawischen“ Preisen nach Belarus zu liefern. Dagegen darf Lukaschenka laut Verfassung von 1996 und den von ihm eigens erlassenen Rechtsakten jeden Betriebsleiter suspendieren, dank „goldener Aktie des Staates“ das Konto einer beliebigen AG kaltstellen usw.

■ **Budget: Syndrome eines Polizeistaates**

Wie der ehemalige Vorsitzende der Nationalbank, Prof. Bahdankewitsch, in einem Interview für nicht-staatliche Medien im Dezember 2002 betonte, sei aus den Daten des Haushaltes 2003 kaum ein politischer Wille zu erkennen, die stagnierende Wirtschaft aus der Krise herauszuführen. Das geplante BSP-Wachstum von vier bis fünf Prozent erfordert eine Erhöhung der Staatsverschuldung bei den kommerziellen Banken um etwa 130 bis 135 Prozent. Daher kostet ein Prozent des BSP-Wachstums sechs Prozent der Verschuldung. Folglich übersteigt die Inflationserwartung eine Größe von 30 Prozent im Laufe des Jahres. Manche Experten sprechen von 40 bis 45 Prozent. Was bildet den Hintergrund dieser Zahlen? 42 Prozent der belarussischen Betriebe haben kein eigenes Umlaufkapital, ihre Grundfonds sind zu 80 bis 90 Prozent verschlissen. Noch 29 Prozent der Betriebe verfügen über nur zehn bis 15 Prozent des notwendigen Umlaufkapitals. Nach offizieller Statistik sind 4310 Betriebe (36,7 Prozent) verlustbringend, und wenn man die Inflation mitrechnet, sind es mehr als zwei Drittel aller Betriebe. Die Rentabilität von gewinnbringenden Betrieben ist für das laufende Jahr bis neun Prozent gefallen. Die Fachleute halten die Steuerbürde von 34 Prozent für die zu transformierende Wirtschaft zu hoch. Optimal wären 25 Prozent. Die Erhaltung der „politischen Stabilität“ um jeden Preis diktiert die Notwendigkeit der Erhaltung nicht-effektiver Arbeitsplätze. Von den Kolchosen auf dem Lande sind nach verschiedenen Einschätzungen zu 70 bis 80 Prozent verlustbringend. Die Staatsstatistik nennt die Zahl 61 Prozent. Sie halten sich über Wasser nur auf Kosten der Bank- und Staatskredite, die sie auf Befehl des Präsidenten jedes Jahr im Frühling und im Herbst erhalten und die sie in der Regel nicht zurückzahlen. Das tut gelinde gesagt weder dem

■ **42 Prozent der belarussischen Betriebe haben kein eigenes Umlaufkapital, ihre Grundfonds sind zu 80 bis 90 Prozent verschlissen. Noch 29 Prozent der Betriebe verfügen über nur zehn bis 15 Prozent des notwendigen Umlaufkapitals. Nach offizieller Statistik sind 4310 Betriebe (36,7 Prozent) verlustbringend, und wenn man die Inflation mitrechnet, sind es mehr als zwei Drittel aller Betriebe.**

Banksystem noch dem Haushalt gut. Der Haushalt ist nicht durchsichtig. Es ist nicht klar, wo das Geld aus der Aktionierung der Großbetriebe bzw. aus dem Waffenverkauf landet. Vom sogenannten Präsidentenfonds weiß sogar das Finanzministerium nichts (manche behaupten, es sei ein halber Haushalt). Die Investitionen in die Produktion sind nicht ausreichend, um die einfache Reproduktion zu gewährleisten.

Ein einfacher Vergleich zeigt merkwürdige Korrelationen: Für die Nationalakademie der Wissenschaften sind für das Jahr 8,9 Milliarden bel.Rub. vorgesehen, für die Leibwache des Präsidenten 6,6; Kultur 49,3, Administration des Präsidenten 54; Kommunalwirtschaft 0,68, KGB 58,9; Bildung 192, Innenministerium 191,7; Gesundheit 255, Gefängnisse 81,7, Polizeiliche innere Truppen 39,6, Polizeiliche Untersuchung 21,4, Grenzschutz 56,3, Verteidigung 339 usw. Die geplanten Zahlen des Einkommens aus der Privatisierung staatlicher Betriebe werden nach Meinung der Experten kaum erreicht, weil das innere Kapital nicht ausreichend ist und die Rahmenbedingungen für ausländische Investoren nicht durchsichtig und zu instabil erscheinen: „goldene“ Aktie des Staates in jeder AG, Gefahr einer Nationalisierung „im Interesse des Staates“, Vorrecht der Präsidentenerlasse vor den Gesetzen usw. Dazu wirken Lukaschenkas Lobreden auf Hitler, Philippiken gegen USA, demonstratives Liebäugeln mit dem Irak, Kuba, Nordkorea, Libyen usw. wie eine Vogelscheuche: „Das sogenannte zivilisierte Europa ist ein Zoo [...]. In so eine Zivilisation möchte ich mein Land nicht führen.“ (so Lukaschenka in der Crans-Montana-Konferenz).

■ „Das sogenannte zivilisierte Europa ist ein Zoo [...]. In so eine Zivilisation möchte ich mein Land nicht führen.“ (so Lukaschenka in der Crans-Montana-Konferenz).

■ Perspektiven

Für einen Durchschnittsbelarussen ist das bevorstehende Jahr 2003 nicht rosig gefärbt. Ich nehme mich selbst als Beispiel. Meine Rente z.B. ist für belarussische Verhältnisse durchschnittlich und beträgt 108 000 Rubel. Das sind 56 Dollar. Für einen Liter gutes Benzin muss ich 940 Rubel (0,49 \$) zahlen. Also kann ich für meine Monatsrente 115 Liter kaufen. Für eine „Rentenstunde“ leiste ich mir 0,47 Liter. Die Miete für eine Zweizimmerwohnung mit Nebenkosten für zwei Personen beträgt im Winter etwa

30 Dollar. Die Rente meiner Frau beläuft sich auf 44 Dollar. Die arbeitenden Bürger in der Stadt verdienen in staatlichen Anstellungen etwa 60 bis 120 Dollar – auf dem Lande in Kolchosen viel weniger, im Privatsektor etwas mehr. Die Nahrungsmittelpreise haben alle erträglichen Grenzen überschritten und sind höher als in Litauen, Polen und Russland. Zehn Eier z.B. kosten etwa 0,40 Dollar, in Russland kann man dieselbe Menge für 0,28 Dollar kaufen. In unseren Geschäften sieht man schon „russisches“ brasilianisches Rindfleisch, das in Brasilien en gros mit halber Zustellung für einen Dollar pro Kilo gekauft wurde. Die Selbstkosten von belarussischem Rindfleisch betragen etwa 1,8 Dollar.

In der Industrie wartet man im Jahr 2003 auf das Kommen der russischen Neureichen, die aller Voraussicht nach den belarussischen Staat auf die Matte drücken und die leckersten Stücke von den hiesigen Betrieben abbeißen werden, indem sie die Kontrollpakete der Aktien für gewisse Industriegiganten entsprechend den von ihnen diktierten Bedingungen kaufen. Der einfache Arbeitnehmer denkt nicht an eventuelle langfristige makroökonomische Vorteile dieser Wende, sondern kann sich selbst sehr gut als einen unter vielen neuen Arbeitslosen vorstellen. Daher ist die Stimmung auch eines heutigen Halbbeschäftigten alles andere als neujahrsfröhlich.

Die letzten offiziellen demographisch-statistischen Angaben stimmen auch nicht optimistisch. Jedes Jahr vermindert sich die Bevölkerung von Belarus etwa um 40 000. Im Jahre 2000 betrug diese Zahl 41 000, im Jahre 2001 48 000, für die ersten sechs Monate des Jahres 2002 waren es schon 327 000 (!). Jedes Jahr verschwinden im Lande zwei Städtchen so groß wie z.B. Leimen in Baden-Württemberg, die Heimatstadt von Boris Becker. Die durchschnittliche Lebenserwartung der Männer beträgt 62,8 Jahre, die der Frauen 74,5. Die Sterberate in der Tschernobyl-Zone steigt. Leider sind durch einen Erlass des Präsidenten fast alle Vergünstigungen für die Bewohner dieser Zone gestrichen, und die freigewordenen Mittel sind in den Präsidentenfonds transferiert worden. Laut Meldungen nichtstaatlicher Medien soll der Fonds im kommenden Jahr um das sechsfache vergrößert werden. Der Präsident will selbst entscheiden, wem und wie geholfen werden muss.

■ **Die letzten offiziellen demographisch-statistischen Angaben stimmen auch nicht optimistisch. Jedes Jahr vermindert sich die Bevölkerung von Belarus etwa um 40 000. Im Jahre 2000 betrug diese Zahl 41 000, im Jahre 2001 48 000, für die ersten sechs Monate des Jahres 2002 waren es schon 327 000 (!). Jedes Jahr verschwinden im Lande zwei Städtchen so groß wie z.B. Leimen in Baden-Württemberg, die Heimatstadt von Boris Becker.**

■ Im Dezember 2002 hat Präsident Lukaschenka bei einem offiziellen Treffen mit dem belarussischen orthodoxen Metropoliten Philaret, welcher der Moskauer Orthodoxen Kirche (MOK) untersteht, vorgeschlagen, eine Art Konkordat abzuschließen und die „traditionelle“ Kirche aus dem Haushalt zu unterstützen. Die „nichttraditionellen“ Katholiken, Protestanten und andere Angehörige von westlichen und autonomen Kirchen, obwohl sie eine gute Million Gläubige ausmachen, sind übersehen worden.

Die belarussischen Geister, die nach einer echten Nationalidee trachten, kommen wohl auch nächstes Jahr nicht auf ihre Kosten. Im Dezember 2002 hat Präsident Lukaschenka bei einem offiziellen Treffen mit dem belarussischen orthodoxen Metropoliten Philaret, welcher der Moskauer Orthodoxen Kirche (MOK) untersteht, vorgeschlagen, eine Art Konkordat abzuschließen und die „traditionelle“ Kirche aus dem Haushalt zu unterstützen. Die „nichttraditionellen“ Katholiken, Protestanten und andere Angehörige von westlichen und autonomen Kirchen, obwohl sie eine gute Million Gläubige ausmachen, sind übersehen worden. Man plant, ähnlich wie in Russland, in Schulen Orthodoxiestunden einzuführen. Die MOK betreibt massiv ihre Präsenz auch bei profanen Anlässen: Militärkasernen, Neubauten und Schulen werden nur von orthodoxen Geistlichen eingeweiht, ungeachtet dessen, dass während der Zeremonie auch Vertreter anderer Konfessionen zugegen sind. Der russische Patriarch Alexij II., das Oberhaupt der Moskauer Orthodoxie, beehrt Belarus regelmäßig mit seinem hohen Besuch und fühlt sich hier wie zu Hause. Die Kirchensprache der MOK ist Russisch bzw. Kirchenslawisch. Katholiken bedienen sich fast ausschließlich des Belarussischen. Polnisch geht als Sprache der Predigt allmählich zurück, bleibt aber oft bei der Beichte, gemischt mit lokalen Formen des Russischen und Belarussischen. Die Baptisten gebrauchen öfter modernes Russisch. Die Privilegierung der MOK im Lande, wo die belarussische Stammbevölkerung etwa 80 Prozent ausmacht und historisch multikonfessionell ist, trägt zur Harmonie des bürgerlichen Zusammenlebens wenig bei.

Genauso wenig wird die gesellschaftlich-politische Eintracht durch die Manipulation der öffentlichen Meinung gefördert. Man hat die zwei massiven Fälschungen der Ergebnisse der letzten Parlaments- und Präsidentschaftswahlen, die von der EU und der OSZE als unfair qualifiziert worden waren, noch nicht vergessen, aber die zentrale Wahlkommission treibt weiter ihren Unfug bei der Zusammenstellung der lokalen Wahlkommissionen und bei der Registrierung der Kandidaten für die Gebiets-, Bezirks- und Lokalräte. Die Wahlen sind für den kommenden Frühling anberaumt. Die erste Bilanz zur Zusammensetzung der Wahlkommissionen zeugt davon,

dass Kandidaten der Opposition für die Kommissionen unter verschiedenen Vorwänden zu 95 Prozent nicht zugelassen wurden. Die Registrierung der Kandidaten für die Exekutivräte begann erst vor ein paar Tagen, aber die Willkür der „Vertikale“ vor Ort ist so grenzenlos, dass man sich schon Gedanken macht, ob es sich lohnt, an dieser Farce teilzunehmen.

Auf internationaler Ebene sind auch keine besonderen Erfolge zu erwarten. Wie früher bevorzugt das belarussische Außenministerium den Ostvektor im nahen und im fernen Ausland. Am 23. Dezember 2002 meldeten belarussische Staatsmedien die Unterzeichnung eines allumfassenden Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen Belarus und Irak durch den stellvertretenden Chef der präsidentialen Administration. In ähnlicher Weise empfing der belarussische Präsident vor etwa einem Jahr, am 13. September 2001, den irakischen Verteidigungsminister. Man wundert sich nur noch: wozu diese antiwestliche Demonstration?

Die Weihnachtszeit und die Vorbereitungen zum Neujahrsfest haben die Integrationsrhetorik in den Staatsmedien gedämpft, aber nach dem Gipfel in Prag diskutieren die Leute immer öfter über „technologische“ Folgen der EU-Erweiterung und die eventuelle Union mit Russland. Wie wird es mit Visa sein, wie mit dem grenznahen Verkehr und Handel? Zu welchen Preisen und in welcher Menge verkaufen wir jetzt Traditionswaren nach Polen und den baltischen Ländern? Wie wird der Gebrauchtwagenhandel mit Deutschland betroffen sein? Russland will doch die Zollsteuer erhöhen! Wenn Russland WTO-Mitglied wird, was zahlen wir dann für Gas? Die EU hält den „Unionsstaat“ für kein Subjekt des internationalen Rechts. Wie regelt man da die russisch-belarussischen grenzübergreifenden Handelsoperationen und andere Verträge, wenn sie Drittländer betreffen? Es gibt mehr Fragen als Antworten.

Was weiter aus der OSZE-Mission in Belarus wird, ist nicht klar. Die Verhandlungen in Wien unter dem Vorsitz von Portugal, das heute als einziger EU-Staat mit belarussischen Staatsbeamten offizielle Beziehungen unterhält, finden praktisch unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt. Es gibt eine vorläufige Information aus dem belarussischen Außenministerium, dass noch Mitte Januar 2003 „ein Büro der OSZE“ in

■ Am 23. Dezember 2002 meldeten belarussische Staatsmedien die Unterzeichnung eines allumfassenden Abkommens über die Zusammenarbeit zwischen Belarus und Irak. In ähnlicher Weise empfing der belarussische Präsident vor etwa einem Jahr, am 13. September 2001, den irakischen Verteidigungsminister. Man wundert sich nur noch: wozu diese antiwestliche Demonstration?

Minsk eröffnet werden soll. Wie sich die neue niederländische OSZE-Führung verhalten wird, ist offiziell noch nicht bekannt.

Man wartet auf die neue Formulierung der EU über die Beziehungen zu Belarus. In nichtstaatlichen Printmedien ist aus dem Internet die Nachricht über den Entwurf eines die Republik Belarus betreffenden analytischen Schreibens des Europäischen Parlaments durchgesickert. Mit Enttäuschung stellt man fest, dass im Text das Wort „Staatsouveränität“ in Bezug auf Belarus nicht zu den Schlüsselbegriffen zählt. Man redet wieder von der besonderen Mission Russlands bei der „Europäisierung“ des westlichen Nachbarn. Hoffentlich ist das nur im Entwurf so?

Als ich schon dieses Fragezeichen im letzten Satz gesetzt hatte, fiel mir die neue Broschüre von Heinz Timmermann in die Hände, einem bekannten Experten und guten Kenner Weißrusslands. Sie trägt den Titel *Die widersprüchlichen Beziehungen Russland – Belarus im europäischen Kontext* und ist im Oktober 2002 in Berlin in der Reihe der SWP-Studien erschienen. Es stellte sich heraus, dass wir praktisch dieselben Zusammenhänge betrachten, aber aus verschiedenen Himmelsrichtungen und Lebenserfahrungen, was auch an sich natürlich ist. Aus dem Abschnitt „Die offizielle Ebene“ (S. 35) wird ersichtlich, dass Timmermann kein Anhänger von Extremszenarien für Belarus ist, wobei eine „Absorbition Weißrusslands im Ergebnis eines Nullsummenspiels zwischen Russland und der EU“ unvermeidlich erscheinen sollte.

Nichtsdestoweniger, wenn man seine Schlussfolgerungen zur Zukunft der Republik Belarus im geopolitischen Raum zwischen der EU und Russland aufmerksam liest, kann man ein prickelndes Gefühl nicht loswerden, dass die Rolle der russischen „konstituierenden Kraft“ (mein Ausdruck von vorhin) in Weißrussland ungeachtet aller von Europäern gesungenen Oden an die Freiheit von realen Politikern nicht reell eingeschätzt wird. Warum? Weil die EU „*das Interesse Moskaus an einem Nahverhältnis zu Minsk respektiert*“. Das ist ein Satzteil aus dem Original. Das böse Fatum waltet fort über Belarus. Der Zug der Zeit will es, dass sich ein Zehnmillionenvolk als geopolitisches Objekt vom Mittelalter bis heute der Umarmung durch den großen Bruder fügen

■ **Das böse Fatum waltet fort über Belarus. Der Zug der Zeit will es, dass sich ein Zehnmillionenvolk als geopolitisches Objekt vom Mittelalter bis heute der Umarmung durch den großen Bruder fügen muss.**

muss. „Gott weiß es nicht besser“, sagen ältere tolerante Belarussen. Die Jüngeren sind weniger träge und tolerant; sie nennen z.B. tschetschenische Terroristen Freiheitskämpfer.